

Stand: 11.05.2024 09:19:36

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/28037

"Neue EU-Gebäudeenergieeffizienzrichtlinie stoppen - Eigentümer und Mieter schützen, gezielte Anreize statt unrealistischer Vorgaben und Verbote"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/28037 vom 22.03.2023
2. Beschluss des Plenums 18/28114 vom 22.03.2023
3. Plenarprotokoll Nr. 139 vom 22.03.2023



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Jürgen Baumgärtner, Dr. Gerhard Hopp, Kerstin Schreyer, Petra Guttenberger, Thomas Huber, Manfred Ländner, Martin Schöffel, Josef Zellmeier, Martin Bachhuber, Barbara Becker, Alfons Brandl, Alex Dorow, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Matthias Enghuber, Wolfgang Fackler, Alexander Flierl, Karl Freller, Max Gibis, Alfred Grob, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Petra Högl, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Harald Kühn, Andreas Lorenz, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzing, Hans Ritt, Andreas Schalk, Josef Schmid, Angelika Schorer, Thorsten Schwab, Klaus Steiner, Sylvia Stierstorfer, Karl Straub, Klaus Stöttner, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko, Steffen Vogel, Martin Wagle, Ernst Weidenbusch, Georg Winter und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Neue EU-Gebäudeenergieeffizienzrichtlinie stoppen - Eigentümer und Mieter schützen, gezielte Anreize statt unrealistischer Vorgaben und Verbote

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag betont, dass auch im Bereich der Gebäude in den kommenden Jahren Anstrengungen unternommen werden müssen, um den Energieverbrauch insbesondere durch Heizen und Kühlen dort zu senken.

Der Landtag lehnt indes den Entwurf der Europäischen Kommission für eine Neufassung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD-Richtlinie, COM(2021) 802 final) und die vom Europäischen Parlament beschlossene Positionierung zu diesem Vorschlag ab, da

- eine verpflichtende Sanierung von bis zu 30 Prozent (Parlament: 45 Prozent) des gesamten Gebäudebestandes bis zum Jahr 2033 mit Feststellung des betroffenen Bestandes, Planung, Genehmigung und Umsetzung aufgrund der verfügbaren Materialien und Fachkräften schlicht nicht umsetzbar wäre;
- insbesondere durch diese Sanierungspflicht für bereits bestehende Gebäude tief in das Eigentumsrecht eingegriffen würde;
- durch die Sanierungspflicht und von der Richtlinie eingeforderte Sanktionen bestehender (Miet)Wohnraum in seiner Nutzbarkeit akut gefährdet wäre;
- der dringend benötigte Neubau von bezahlbarem Wohnraum durch die Nullemissionsvorgabe ab 2030 massiv gefährdet würde; insbesondere kleinere, private Investoren würden abgeschreckt;

- durch die Sanierungspflicht und die Vorgaben für den Neubau die wirtschaftliche Tragbarkeit erheblich eingeschränkt würden und stark ansteigende Mietkosten zu befürchten sind;
- die Einführung „nationaler Gebäuderenovierungspläne“, nationaler Datenbanken über jedes einzelne Gebäude und seinen Energieverbrauch sowie die dazu erforderliche Datenerhebung – etwa das verpflichtende Hochladen jedes einzelnen Heizungsüberprüfungsberichts – dirigistisch-planwirtschaftlich, höchst bürokratisch, nicht sinnvoll und datenschutzrechtlich bedenklich wäre;
- die Finanzierbarkeit der Umsetzung für Bürgerinnen und Bürger sowie für die öffentliche Hand offengelassen ist. In Deutschland und vor allem in Bayern kommt verschärfend hinzu, dass sich im Erbfall für Eigentümerinnen und Eigentümer dann die Kosten der Sanierungspflicht und hohe Erbschaftsteuerzahlungen summieren können;
- die erhebliche soziale Betroffenheit bestimmter Bevölkerungsgruppen und die nahezu faktische Unrealisierbarkeit zu sozialen Spannungen führen und die gesellschaftliche Akzeptanz sinnvoller klimapolitischer Maßnahmen beeinträchtigen kann.

Der Landtag fordert die Staatsregierung daher auf, sich im Sinne der Bürgerinnen und Bürger auf Bundes- und europäische Ebene weiterhin dafür einzusetzen, dass die EPBD-Richtlinie nicht wie von der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament geplant neugefasst wird.

Darüber hinaus fordert der Landtag die Staatsregierung auf, sich stattdessen auf europäischer und nationaler Ebene für konkrete Maßnahmen einzusetzen, die mit geeigneten Anreizen ambitionierte, aber zugleich realistische Anstrengungen zur Sanierung bestehender Gebäude und zum Bau möglichst emissionsparender Gebäude unterstützen.

Begründung:

Die Europäische Kommission hat einen Vorschlag zur Neufassung der sog. EPBD-Richtlinie vorgelegt. Dieser sieht insbesondere vor, dass alle bestehenden Wohngebäude und -gebäudeteile spätestens ab 2030 mindestens die Gesamtenergieeffizienzklasse F erreichen und ab 2033 mindestens die Gesamtenergieeffizienzklasse E. Für Nicht-Wohngebäude gilt das gleiche bereits ab 2027 bzw. 2030. Ab dem 1. Januar 2027 müssen alle neuen Gebäude, die von Behörden genutzt werden oder sich im Eigentum von Behörden befinden, Nullemissionsgebäude sein, ab dem 1. Januar 2030 gilt das für alle neuen Gebäude.

Dazu müssen die Mitgliedstaaten „nationale Gebäuderenovierungspläne“ erstellen, wozu zunächst der gesamte Gebäudebestand und der jeweilige Energiebedarf jedes Gebäudes ermittelt werden soll.

Haus & Grund befürchtet, dass dadurch in Deutschland ungefähr 3 Mio. Gebäude, die in zwei Stufen ab 2030 und 2033 saniert werden müssten, vollständig als Wohnraum wegfallen würden, da sie nicht mehr genutzt werden dürfen. Denn für viele Gebäude der Energieklassen F und G sei eine Sanierung nicht sinnvoll oder nicht möglich, der Ersatzneubau würde mindestens 1.200 Mrd. Euro kosten.

Zur Finanzierung verweisen Kommission und Europäisches Parlament vor allem auf die Mitgliedstaaten und die Mittel aus dem NextGeneration-Fonds der EU.

Das Europäische Parlament hat am 15. März 2023 seine Verhandlungsposition zu diesem Vorschlag festgelegt. Vor allem mit den Stimmen der Fraktion der Grünen, der Sozialisten & Demokraten sowie von Renew sollen die Vorgaben der Richtlinie nochmals verschärft werden, etwa durch die Verkürzung der Umsetzungsfristen (z. B. für Neubauten sollen die Nullemissionsvorgaben im Wohnbaubereich bereits ab 2028 gelten).

In Deutschland müssten nach Angaben des Bundesverbands deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW) damit fast 45 Prozent der Wohngebäude in Deutschland innerhalb von 9 Jahren saniert werden. Das ist nicht realistisch.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Jürgen Baumgärtner, Dr. Gerhard Hopp, Kerstin Schreyer, Petra Guttenberger, Thomas Huber, Manfred Ländner, Martin Schöffel, Josef Zellmeier, Martin Bachhuber, Barbara Becker, Alfons Brandl, Alex Dorow, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Matthias Enghuber, Wolfgang Fackler, Alexander Flierl, Karl Freller, Max Gibis, Alfred Grob, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Petra Högl, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Harald Kühn, Andreas Lorenz, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Hans Ritt, Andreas Schalk, Josef Schmid, Angelika Schorer, Thorsten Schwab, Klaus Steiner, Sylvia Stierstorfer, Karl Straub, Klaus Stöttner, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko, Steffen Vogel, Martin Wagle, Ernst Weidenbusch, Georg Winter** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/28037

Neue EU-Gebäudeenergieeffizienzrichtlinie stoppen – Eigentümer und Mieter schützen, gezielte Anreize statt unrealistischer Vorgaben und Verbote

Der Landtag betont, dass auch im Bereich der Gebäude in den kommenden Jahren Anstrengungen unternommen werden müssen, um den Energieverbrauch insbesondere durch Heizen und Kühlen dort zu senken.

Der Landtag lehnt indes den Entwurf der Europäischen Kommission für eine Neufassung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD-Richtlinie, COM(2021) 802 final) und die vom Europäischen Parlament beschlossene Positionierung zu diesem Vorschlag ab, da

- eine verpflichtende Sanierung von bis zu 30 Prozent (Parlament: 45 Prozent) des gesamten Gebäudebestandes bis zum Jahr 2033 mit Feststellung des betroffenen Bestandes, Planung, Genehmigung und Umsetzung aufgrund der verfügbaren Materialien und Fachkräften schlicht nicht umsetzbar wäre;
- insbesondere durch diese Sanierungspflicht für bereits bestehende Gebäude tief in das Eigentumsrecht eingegriffen würde;
- durch die Sanierungspflicht und von der Richtlinie eingeforderte Sanktionen bestehender (Miet)Wohnraum in seiner Nutzbarkeit akut gefährdet wäre;

- der dringend benötigte Neubau von bezahlbarem Wohnraum durch die Nullemissionsvorgabe ab 2030 massiv gefährdet würde; insbesondere kleinere, private Investoren würden abgeschreckt;
- durch die Sanierungspflicht und die Vorgaben für den Neubau die wirtschaftliche Tragbarkeit erheblich eingeschränkt würden und stark ansteigende Mietkosten zu befürchten sind;
- die Einführung „nationaler Gebäuderenovierungspläne“, nationaler Datenbanken über jedes einzelne Gebäude und seinen Energieverbrauch sowie die dazu erforderliche Datenerhebung – etwa das verpflichtende Hochladen jedes einzelnen Heizungsüberprüfungsberichts – dirigistisch-planwirtschaftlich, höchst bürokratisch, nicht sinnvoll und datenschutzrechtlich bedenklich wäre;
- die Finanzierbarkeit der Umsetzung für Bürgerinnen und Bürger sowie für die öffentliche Hand offengelassen ist. In Deutschland und vor allem in Bayern kommt verschärfend hinzu, dass sich im Erbfall für Eigentümerinnen und Eigentümer dann die Kosten der Sanierungspflicht und hohe Erbschaftsteuerzahlungen summieren können;
- die erhebliche soziale Betroffenheit bestimmter Bevölkerungsgruppen und die nahezu faktische Unrealisierbarkeit zu sozialen Spannungen führen und die gesellschaftliche Akzeptanz sinnvoller klimapolitischer Maßnahmen beeinträchtigen kann.

Der Landtag fordert die Staatsregierung daher auf, sich im Sinne der Bürgerinnen und Bürger auf Bundes- und europäischer Ebene weiterhin dafür einzusetzen, dass die EPBD-Richtlinie nicht wie von der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament geplant neugefasst wird.

Darüber hinaus fordert der Landtag die Staatsregierung auf, sich stattdessen auf europäischer und nationaler Ebene für konkrete Maßnahmen einzusetzen, die mit geeigneten Anreizen ambitionierte, aber zugleich realistische Anstrengungen zur Sanierung bestehender Gebäude und zum Bau möglichst emissionsparender Gebäude unterstützen.

Die Präsidentin

I.V.

Dr. Wolfgang Heubisch

VI. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Jürgen Baumgärtner

Abg. Gerd Mannes

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Hans Ritt

Abg. Natascha Kohnen

Abg. Sebastian Körber

Abg. Hans Friedl

Abg. Raimund Swoboda

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel und Fraktion (AfD)

Wohngebäudesanierungszwang der EU verhindern, keine unverhältnismäßige Belastung der Bürger in Bayern! (Drs. 18/27992)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Neue EU-Gebäudeenergieeffizienzrichtlinie stoppen - Eigentümer und Mieter schützen, gezielte Anreize statt unrealistischer Vorgaben und Verbote (Drs. 18/28037)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Abgeordneten Franz Bergmüller das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürger! Wir müssen die unverhältnismäßige Belastung der Bürger in Bayern verhindern. Es gibt unzählige Sanierungsforderungen der EU. Haus- und Wohnungseigentümer sowie Mieter, somit also alle Bürger, wissen momentan nicht mehr, wo ihnen der Kopf steht. Beinahe wöchentlich kommen Hiobsbotschaften aus Brüssel oder Berlin, und es hagelt immer schärfere Verbote oder Gebote im Wohngebäudesektor. Neuester Anschlag der Eurokraten, der die Menschen zur Verzweiflung treibt, ist der Sanierungszwang der Marke Vorschlaghammer.

Bereits 2030 sollen laut Europaparlament alle Wohngebäude die Energieeffizienzklasse E und bereits ab 2033 die Energieeffizienzklasse D einhalten. Alle Neubauten müssen bis 2028 emissionsfrei sein, alle Neubauten in öffentlicher Hand bereits bis 2026. Ab 2028 greift dann zusätzlich noch der Solardachzwang für Neubauten. Bis 2022 waren rund 45 % der Immobilien in Deutschland unterhalb der Energieeffizienzklasse E, was etwa 1,4 Millionen Wohngebäuden und fast drei Millionen Wohnungen in Bayern entspricht.

Die Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen rechnet in einer Studie mit 1.200 Euro pro Quadratmeter für die energetische Sanierung, was allein für bayernische Bürger durchschnittlich 59.000 Euro pro Wohneinheit oder Gesamtkosten von sage und schreibe 775 Milliarden Euro innerhalb von sieben Jahren bedeuten würde. Dies ist unsozial; vor allem älteren Besitzern drohe die Quasi-Enteignung, wenn sie sich Sanierungen nicht leisten könnten und keine Kredite mehr bekämen. – Ferner wird im Artikel kritisiert, dass für Staaten wie Deutschland, in denen bereits viele Gebäude saniert werden, schärfere Kriterien gelten als für ärmere Länder wie Rumänien. Über die EU-Fördermittel zahlen wir also mit deutschen Steuergeldern auch hier die Sanierungen. Das heißt also: Bayerns Bürger zahlen hier auch für die europäischen Mitgliedsländer.

Damit nicht genug! Erst kürzlich trieb Wirtschaftsminister Habeck die Bevölkerung mit einem Einbauverbot von Öl- und Gasheizungen ab 2024 zur Verzweiflung. Heute Früh im Radio hat er ganz genau bekräftigt, dass das sein Ziel ist, das bloß durchgesteckt worden ist. Man hat eigentlich gemeint, er würde einlenken oder Kompromissbereitschaft zeigen. – Nein, er beharrt auf seiner Position. Der Sozialverband Deutschland kritisiert das geplante Verbot als finanzielles Harakiri für Ärmere. Klar ist auch, dass mit dem Sanierungszwang und dem Öl- und Gasheizungsverbot Bestandsgebäude enorm an Wert verlieren. Das ist eine kalte Enteignung, die zu Milliardenverlusten führt.

(Beifall bei der AfD)

Völlig unbeantwortet bleibt auch die Frage, woher denn plötzlich die unzähligen Fachkräfte kommen sollen, die diese Zwangsmaßnahmen ausführen und Wärmepumpen einbauen sollen.

(Alexander König (CSU): Das stimmt!)

Verbotspolitik hat noch nie gefruchtet und auf Dauer sogar das Gegenteil bewirkt. Wir müssen Anreize schaffen, ideologiefrei Heizungssysteme fördern und dürfen die Bürger nicht mit weiteren Verboten gängeln.

(Beifall bei der AfD)

Es gibt zum Beispiel nachhaltige Gasformen im Flüssiggassektor; das wird angepriesen. Man wird hier mit dieser unsäglichen Ideologie der Elektroheizung im Grunde genommen Heizungsarten ausschalten, die heute technisch schon möglich sind. Auch mit Wasserstoff könnten diese Heizungen betrieben werden.

Dabei muss erwähnt werden, dass das Bundesumweltamt erst am 27. Februar 2023 wieder einmal die Holzheizungen ins Visier genommen hat. Erst vor einem Jahr haben wir auf Antrag der CSU-Fraktion den Präsidenten des Umweltbundesamts kritisiert, und jetzt kommt es schon wieder. Es läuft also alles auf Wärmepumpen hinaus. Wo der ganze Strom dafür herkommen soll, weiß nicht einmal der Chef der Bundesnetzagentur Klaus Müller, der der GRÜNEN-Partei angehört.

Deshalb wurde ein Eckpunktepapier veröffentlicht, das in Zeiten hoher Netzauslastung eine temporäre Stromrationierung für Wärmepumpen und Elektro-Autoladestationen vorsieht. Die Pläne zur Stromrationierung sollen zum 1. Januar 2024 in Kraft treten, zeitgleich zum Öl- und Gasheizungsverbot. Das ist aus unserer Sicht schon Zynismus pur.

Ich verspreche Ihnen, dass wir als AfD es nicht zulassen werden, dass amoklaufende Klimafanatiker das Eigentum, den Wohlstand und die Zukunft der gesamten Bevölkerung zerstören.

(Beifall bei der AfD)

Dem recht ähnlichen Antrag der CSU stimmen wir zu, obwohl Sie unserem Antrag sowieso nicht zustimmen; in der Sache ist er auf alle Fälle auf unserer Linie und verfolgt dasselbe Ziel.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Jürgen Baumgärtner von der CSU-Fraktion.

Jürgen Baumgärtner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir stimmen dem Antrag der AfD nicht zu. Wir sind nicht auf Ihrer Linie, und wir wollen mit Ihnen,

(Andreas Winhart (AfD): Das Ziel ist dasselbe!)

mit den Klimawandelleugnern, nichts zu tun haben, meine Damen und Herren, um das klar zu sagen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zurufe von der AfD – Andreas Winhart (AfD): Am 9. Oktober wird abgerechnet!)

Da waren sie also wieder, unsere Themen Energie, Verkehr und Gebäude. Ich bin davon überzeugt: Jeder Euro, den wir in den Klimaschutz investieren, ist ein gut investierter Euro – ein Euro für die Zukunft, vor allem für die Zukunft der nächsten Generationen.

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Das ist unsere tiefe Überzeugung.

Wir halten aber die verpflichtende Sanierung für den falschen Ansatz. 45 % Gebäudebestandssanierung bis 2033 – gut gemeint, schlecht gemacht. Warum? – Wir sind nicht in der Lage, das Material zu besorgen.

(Alexander König (CSU): Ja!)

Wir sind nicht in der Lage, die Fachkräfte bereitzustellen,

(Alexander König (CSU): Illusion!)

und Planung und Umsetzung bis zum Jahr 2033 sind faktisch nicht machbar.

(Alexander König (CSU): Planwirtschaft der GRÜNEN funktioniert nicht!)

Der Eingriff ins Eigenheim ist nicht angemessen, und es ist nicht verhältnismäßig, was Brüssel uns hier vorschlägt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Sie genau darauf achten, merken Sie: Ich prügele nicht auf Europa ein. Ich bin davon überzeugt, dass Europa eine Friedensdividende ist. In der jetzigen Zeit mit der jetzigen Herausforderung ist Europa wichtiger denn je. Wir müssen vielmehr darüber reden, wer das verabschiedet hat. Im Kern ist das eine linke Mehrheit im Europäischen Parlament, die glaubt, den Klimawandel mit Aktionismus bekämpfen zu können.

(Alexander König (CSU): Weltfremde Leute sind das!)

Kleine Investoren werden bei Null-Emission kein einziges Einfamilienhaus mehr bauen, auch kein Zweifamilienwohnhaus. Sie fördern also die Konzerne, die man im Anschluss enteignen will.

Also, faktisch baut jetzt nicht mehr der kleine Mann, der große Konzern auch nicht mehr, was dazu führt, dass wir überhaupt keine Wohnungen mehr haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört! – Alexander König (CSU): So schaut es aus! Sehr richtig!)

Keine Wirtschaftlichkeit bedeutet höhere Mieten; höhere Mieten können sich viele Bürgerinnen und Bürger in diesem Land nicht mehr leisten. Ich lese von nationalen Gebäudesanierungsplänen. Das habe ich das letzte Mal in Heimat- und Sachkunde gehört, als wir damals über die Planwirtschaft in der DDR gesprochen haben. Glauben Sie wirklich, dass Planwirtschaft die richtige Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft ist? – Wir als CSU sicher nicht.

(Beifall bei der CSU)

Finanzierbarkeit und Finanzen – bleibt alles offen. Als staatstragende Partei stehen wir in der Verantwortung. Unsere Wohnungen und Häuser müssen wir selber verdienen, die bezahlen nicht Mama und Papa, und wir haben auch alle nicht geerbt. Wenn wir also Sachen auf den Weg bringen, ist es wichtig, immer auch zu erklären, wie wir es finanzieren und umsetzen wollen.

Das größte Problem, das ich sehe, ist der Verlust der Akzeptanz. Wenn wir also jede Woche, jeden Monat, jedes Jahr die Ängste und Sorgen dermaßen vergrößern, wird es für den Klimaschutz keine Akzeptanz mehr geben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Meine Damen und Herren, die Herausforderungen der Zukunft meistern wir nur, wenn wir wirklich alle mitnehmen, durch Akzeptanz und durch Verständnis. Wie wäre es denn beispielsweise mal mit maßgeschneiderten Förderungen plus Klimabonus? Wie wäre es denn mit Steuersenkungen auf Bauleistungen, auf Material, auf Transport? Wie wäre es denn beispielsweise mit der Erhöhung von Abschreibungen? Wie wäre es, wenn man in Berlin endlich damit beginnen würde, die Förderungen und Subventionen planbar und nachhaltig zu organisieren, anstatt über Nacht irgendwelche Förderprogramme einzustellen?

(Beifall bei der CSU)

Wie wäre es denn beispielsweise mit einer kostenlosen Energieberatung? Wie wäre es denn beispielsweise damit, dass wir sagen, Sanierungen bis zehn Einheiten erst bei Eigentümerwechsel?

Meine Damen und Herren, wer glaubt, dass wir energetische Sanierung für den Eigentümer wirtschaftlich organisieren können, der irrt. Wie wär's denn, wenn wir energetische Sanierung für die Mieter kostenneutral organisieren würden? Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe; es ist eine Aufgabe vor allem des Bundes.

(Beifall bei der CSU)

Wie wäre es denn mit Förderung von Nahwärmenetzen und dergleichen mehr?

Meine Damen und Herren, ich komme aus einer Arbeiterfamilie. Meine Eltern haben Jahrzehnte ihr Haus abbezahlt, damit es im Alter und für die Rente gut ist. Die Forderungen hier würden für ein Zweifamilienwohnhaus in Summe 150.000 Euro Sanierungskosten bedeuten. Das kann sich niemand leisten. Wir zerstören Eigentum, wir zerstören die Alterssicherung. Ich will einigen GRÜNEN-Abgeordneten zurufen: Diese 150.000 Euro für eine Sanierung sind mehr Geld, als mancher grüne Abgeordnete im richtigen Leben verdienen würde, wenn er nicht ausgerechnet Abgeordneter wäre.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zurufe: Bravo!

– Alexander König (CSU): Die Wahrheit ist schmerzhaft!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es gibt drei Meldungen zu Zwischenbemerkungen. Die erste Zwischenbemerkung kommt vom Abgeordneten Gerd Mannes von der AfD-Fraktion.

Gerd Mannes (AfD): Herr Baumgärtner, ich leugne gar nichts. Ich bin auch nicht Leugner von irgendwas. Das muss ich zurückweisen.

Natürlich ist es richtig, Ressourcen einzusparen. Die Ressourcen sind begrenzt; das wissen wir doch alle. Aber es muss immer technologieoffen, freiwillig und wirtschaftlich sein. Da sind wir doch beieinander.

Wir leugnen nichts, aber Sie von der CSU leugnen etwas, und ich sage Ihnen was: Der CO₂-Ausstoß in Bayern beträgt 0,2 % des weltweiten CO₂-Ausstoßes. Sie werden doch nicht glauben, weltweit irgendwie aufs Klima einzuwirken. Das tun Sie natürlich nicht, ganz im Gegenteil. Sie machen hier Industrien kaputt, unter anderem die Chemieindustrie. Ich kann Ihnen etwas davon erzählen, weil ich mich damit auskenne. Die Produktion wurde ins Ausland verlagert, teilweise, BASF 10 Milliarden. Das heißt, die brauchen dann insgesamt mehr CO₂, um zu produzieren. Sind Sie nicht selber der Leugner? – Sie leugnen den Fakt, überhaupt keinen Einfluss auf den weltweiten CO₂-Ausstoß zu haben.

Jürgen Baumgärtner (CSU): Ich muss die Frage mal für mich überlegen. Sie leugnen den Klimawandel; das ist ein Fakt. Zumindest gehören Sie einer Partei an, die das Selbige tut.

(Lebhafter Widerspruch bei der AfD – Ulrich Singer (AfD): Der Kollege hat's Ihnen doch gerade erklärt! – Gerd Mannes (AfD): Das ist eine Unverschämtheit! Antworten Sie auf die Frage! Nicht rumlabern! Einfach eine Antwort auf die Frage! – Ralf Stadler (AfD): Hört doch mit dem Schmarrn auf!)

Das Zweite ist – –

(Glocke des Präsidenten – Unruhe bei der AfD)

– Was ist denn los mit euch? Ein bisschen mehr Grundentspannung. Die Wahrheit tut halt weh.

(Gerd Mannes (AfD): Eben!)

Wir reden heute über die Sanierung von Gebäuden. Ich komme aus einer Region, in der die Glasindustrie beheimatet ist. Natürlich gibt es da Herausforderungen. Ich bin aber sehr davon überzeugt, dass wir uns in Deutschland auf den Weg machen müssen, weil ich glaube, dass man auf Deutschland schauen wird, wenn wir das mit dem Klimawandel und der Energieeffizienz hinkriegen. Mir ist es wichtig, das so zu organisieren, dass es sozial schulterbar ist, dass es von allen akzeptiert wird und wir alle Menschen mitnehmen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit geht zu Ende. Sie haben aber noch eine Gelegenheit. Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Martin Stümpfig gemeldet.

(Gerd Mannes (AfD): Keine Antwort auf die Frage!)

Herr Stümpfig, bitte.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Baumgärtner, eine einfache Frage. Sie haben mehrfach gefragt: Wie wär's denn, wie wär's denn? Ich frage Sie: Wie wär's denn, wenn die Bayerische Staatsregierung endlich wieder ein Förderprogramm für die energetische Gebäudesanierung auflegen würde? Das haben Sie unter der Söder-Regierung nämlich eingestampft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jürgen Baumgärtner (CSU): Wir haben bei der Wohnraumförderung zugelegt. Ich glaube, das ist akzeptiert und sehr in Ordnung.

(Staatsminister Albert Füracker: Die KfW hat alles gestrichen!)

Was hier vorgeschlagen wird, ist im Kern eine Aufgabe des Bundes.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Würde der Bund hier vorlegen, müsste sich Bayern prozentual beteiligen, gar keine Frage. Aber diese Aufgabe muss zunächst einmal auf der Bundesebene gelöst werden. Wir sind in dieser Frage wahrscheinlich inhaltlich nicht auseinander. Ich sage das ausdrücklich.

(Beifall bei der CSU – Gülseren Demirel (GRÜNE): Selbst Kommunen haben Förderprogramme!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun der Kollege Martin Stümpfig von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Staatsminister Albert Füracker: Sagen Sie gleich etwas zur KfW und den Streichungen!)

Das Wort hat der Kollege Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zu den AfD-Anträgen braucht man hier im Plenum eigentlich nicht lange zu reden.

(Gerd Mannes (AfD): Ja, ja!)

Jetzt sehen wir schon zum zweiten und dritten Mal in diesem Jahr, dass die CSU und die FREIEN WÄHLER auf einen AfD-Antrag aufspringen und praktisch gleichlautend wiederholen, was die AfD sagt. Das kann ich einfach nicht verstehen. Sie lehnen das Förderprogramm der EU ab, und die CSU und die FREIEN WÄHLER machen dasselbe. Sie haben einen gleichlautenden Antrag gestellt. Wie tief wollen Sie denn noch sinken?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei Herrn Baumgärtner ist Frau von der Leyen jetzt links.

(Alexander König (CSU): Der Stümpfig redet meistens Quatsch, wie jetzt zum Beispiel!)

Sagen Sie: Wo sind wir denn, Herr Baumgärtner?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei Ihnen ist ja alles komplett verschoben.

(Zuruf von der AfD)

Was plant die EU, und warum macht sie das? Die EU hat die Gebäudeeffizienzrichtlinie. Im Gebäudebereich gibt es einen enormen Treibhausgasausstoß. Rund 40 % der EU-weiten CO₂-Emissionen stammen aus dem Wärmebereich. Gebäude werden in sieben Kategorien eingeteilt. Die zwei schlechtesten Kategorien G und F verbrauchen die Hälfte der Gesamtmenge; sie stoßen also 20 % der EU-weiten CO₂-Emissionen aus. Die EU sagt jetzt: Die schlechtesten Gebäude wollen wir innerhalb der nächsten zehn Jahre Stück für Stück sanieren. Bei den schlechtesten Gebäuden sprechen wir davon, dass bei einem solchen Gebäude 25 Liter Heizöl benötigt werden, um einen Quadratmeter zu beheizen. Die EU sagt: Wir müssen die Mieterinnen und Mieter schützen; denn das bedeutet massive Kosten für die Mieterinnen und Mieter, wenn die Vermieter nichts machen. Es geht um den Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor explodierenden Energiekosten. Deshalb ist dies mehr als sinnvoll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich konnte Sie von der CSU und von den FREIEN WÄHLERN nicht verstehen. Im November ist das neue Klimagesetz beschlossen worden – bis 2040 klimaneutral. Hier steht, dass bis 2033 die allerschlechtesten Gebäude saniert sein sollen, aber nur mit einfachen Maßnahmen. Wenn Sie bis Weihnachten 2039 nichts machen und dann an Neujahr 2040 aufwachen – glauben Sie denn, dass dann alles klimaneutral ist? Wollen Sie das alles mit irgendwelchen scheinheiligen CO₂-Zertifikaten aus China bewerkstelligen, die Sie jetzt reihenweise einkaufen? Das ist kein Klimaschutz.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU)

Nach Angaben der EU-Kommission wären bis 2030 insgesamt 275 Milliarden Euro an jährlichen Investitionen in die Renovierung der Gebäude in der gesamten EU erforderlich. Zusätzlich wären das 150 Milliarden. Im gleichen Zeitraum hatten wir aber Gasimporte mit Kosten von 400 Milliarden Euro. Ich frage Sie schon, ob es einen Unterschied macht, jetzt 150 Milliarden Euro zusätzlich in die Sanierung zu stecken, die am Ende wieder beim bayerischen Handwerker landen, wo die Wertschöpfung vor Ort ist, oder ob Sie genauso wie die AfD weiter wollen, dass wir dieses Geld in Richtung Putin schicken und weiterhin Russland unterstützen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wenn es Leute gibt, die es bezahlen können!)

Das kann doch wirklich nicht das Ziel sein.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Es ist leicht, über das Geld der anderen Leute zu reden!)

Wir wollen hier in Bayern Wertschöpfung haben. Wir wollen einen klimaneutralen Gebäudebestand. Ich kann über Ihren Antrag wirklich nur den Kopf schütteln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Wir haben zwei Zwischenbemerkungen. Die erste stammt von Herrn Abgeordneten Gerd Mannes von der AfD-Fraktion.

Gerd Mannes (AfD): Herr Stümpfig, ich sage Ihnen noch einmal, wer die Sache mit Putin eingefädelt hat: Rot-Grün. Sie haben gegen die Kernkraft agiert.

Ich sage Ihnen noch etwas anderes zur Energiewende – ich weiß nicht, ob Sie das verstanden haben oder nicht. Neulich war ein Beratungsunternehmen aktiv und hat gesagt: Wir müssen mindestens noch für 30 Gigawatt Gaskraftwerke bauen, da wir Solar- und Windkraft spiegeln müssen; denn die technische Nichtverfügbarkeit von Solarenergie beträgt 100 %, von Windenergie 98 %.

Jetzt frage ich Sie noch einmal: Wer ist jetzt derjenige, der viel Gas bei Putin kaufen will? Sind das die GRÜNEN, oder ist das die AfD? Wir haben uns nämlich immer für Kernkraft eingesetzt.

(Beifall bei der AfD)

Martin Stümpfig (GRÜNE): Wir hatten im Bayerischen Landtag eine Anhörung. Von den Fachleuten wurde ganz klar gesagt, dass wir Gaskraftwerke brauchen, um Flauten zu überbrücken. Diese Gaskraftwerke werden aber im übertragenen Sinn vielleicht am 26. Dezember eines Jahres anlaufen und vier Tage laufen – am Schluss laufen sie also 70, 80, 90 oder 100 Stunden –, und für den Rest des Jahres stehen sie. Die CO₂-Emissionen sind also sehr gering.

(Zuruf von der AfD)

Wir brauchen die Gaskraftwerke zur Absicherung, nicht mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Wer zahlt es? –
Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das interessiert keinen!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Hans Ritt von der CSU.

Hans Ritt (CSU): Herr Kollege Stümpfig, Sie sagten vorher, 2039 würden wir aufwachen. Ich bitte Sie: Wecken Sie Robert Habeck auf, Ihren Parteikollegen, Bundeswirtschaftsminister.

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Der ist schon lange wach!)

Er sollte nicht tagtäglich 30.000 Tonnen Kohle in deutschen Kohlekraftwerken verheizen lassen; denn dadurch wird auch CO₂ ausgestoßen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich darf Ihnen ein Weiteres sagen: Sie sprachen von 25 Litern Heizöl pro Quadratmeter des Gebäudes. Wissen Sie, wie der durchschnittliche Rentner, der 1.120 Euro Rente im Monat erhält, jetzt heizt? – Ein Zimmer! Mehr kann er sich nicht leisten.

Als Nächstes muss ich Sie fragen: Wie wollen Sie das umsetzen, wenn Sie keine Technologieoffenheit zulassen? Im letzten Jahr haben wir in Deutschland 243.200 Wärmepumpen hergestellt. Wenn wir die Produktion hochfahren, sind wir bei vielleicht 250.000. Sie brauchen Zeit bis zum Jahr 2045. Dann haben Sie 5,5 Millionen Wärmepumpen in Deutschland installiert. Vielleicht können wir diese noch herstellen. Ich frage Sie aber: Wer soll die denn installieren? Wo ist die Technologieoffenheit? In Ihrem gesamten Programm gibt es diese nicht.

(Beifall bei der CSU)

Martin Stümpfig (GRÜNE): Zu Ihrer ersten Frage. Im Winter haben wir natürlich mehr Kohlekraftwerke gebraucht, weil eine Notsituation herrschte, aber natürlich auch, weil die Vorgängerregierungen viel zu wenig getan haben, um von den fossilen Energieträgern wegzukommen.

(Widerspruch bei der CSU – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Es wird immer billiger!)

Ziel muss doch sein – ich hoffe, zumindest darüber sind wir uns einig –, so schnell wie möglich aus Kohle und Gas auszusteigen. Das, was die EU mit der Gebäudeeffizienzrichtlinie vorlegt, geht genau in die richtige Richtung. Die Energieschleudern können wir nicht in eine klimaneutrale Welt überführen. Wir müssen sie jetzt Stück für Stück sanieren.

Ich komme zum Punkt Weihnachten 2039. Sie haben in dem Klimagesetz überhaupt nichts zu Maßnahmen stehen. Sie haben das Ziel "2040 klimaneutral", sagen aber nichts zu Maßnahmen. Wir haben selber ein Wärmegesetz mit einem Stufenplan hier im Landtag vorgestellt. Wir können das nicht von heute auf morgen machen; schon aufgrund der fehlenden Fachleute wäre das ein Problem. Wir müssen aber Stück für

Stück aufbauen. Damit müssen wir jetzt endlich anfangen. Sie von der CSU und von den FREIEN WÄHLERN fangen überhaupt nicht an. Sie blockieren alles, und Sie blockieren auch die Fortschritte.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wort hat die Kollegin Natascha Kohnen von der SPD-Fraktion.

Natascha Kohnen (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Weltklimarat hat vor zwei Tagen seinen Abschlussbericht vorgelegt und hat gesagt: Wir haben exakt noch dieses Jahrzehnt, um den Klimawandel noch in den Griff zu bekommen. Er sagt auch: Wir gehen, wenn wir sprinten sollten.

Das EU-Parlament hat jetzt eine Richtlinie für Gebäudeenergieeffizienz vorgelegt, die jetzt an die Mitgliedsländer geht, damit darüber diskutiert wird, wie diese Richtlinie ausgestaltet werden soll und wo Anpassungen vorgenommen werden sollen.

Dass die AfD mit ihrem Dringlichkeitsantrag das alles ablehnt, war erwartbar. Als ich jetzt aber gesehen habe, dass die CSU einen Nachzieher bringt, war ich gespannt, welche Anpassungen der Richtlinie denn zu erwarten sind. Was finden wir in diesem Dringlichkeitsantrag? – Wir finden acht Punkte, die ausschließlich beschreiben, was nicht geht. Wenn man dann sucht, was geht, findet man: "Der Landtag betont, dass auch im Bereich der Gebäude in den kommenden Jahren Anstrengungen unternommen werden müssen [...]". Es steht nicht dabei, welche Anstrengungen. Am Schluss kommt dann: "Der Landtag fordert die Staatsregierung daher auf, sich im Sinne der Bürgerinnen und Bürger [...]".

Ich wiederhole: Der Weltklimarat hat gesagt, wir sollten nicht gehen, sondern sprinten, und wir haben nur noch dieses Jahrzehnt. Was ist denn im Sinne der Bürgerinnen und Bürger? – Dass wir den Klimawandel verdammt noch mal aufhalten. Das heißt, Sie

haben sich mit den einzelnen Punkten der Richtlinie zu beschäftigen und uns Ihre Vorschläge mitzuteilen.

(Beifall bei der SPD)

Das Einzige, was dann noch kommt, ist: "Darüber hinaus fordert der Landtag die Staatsregierung auf, sich stattdessen auf europäischer und nationaler Ebene [...]".–

Liebe Leute, wir sind hier im Bayerischen Landtag! Macht uns Vorschläge, was Bayern tut, damit die Gebäudesanierung von 1 % im Jahr endlich ansteigt. Wir haben keine Zeit mehr. Statt solche Dringlichkeitsanträge zu stellen, die absolut ärgerlich sind, solltet ihr lieber wirklich sagen, was ihr an Anpassungen wollt bei dieser Richtlinie, und nicht solch einen Mist beantragen. Tut mir echt leid!

(Beifall bei der SPD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Na ja, na ja! Contenance!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Kohnen, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Es gibt noch eine Zwischenbemerkung vom Abgeordneten Bergmüller, AfD.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrte Frau Kollegin Kohnen, wir kennen uns ja aus dem Bauausschuss. Mir ist natürlich auch klar, dass Sie das diametral anders sehen. Aber die Frage ist ganz konkret: Herr Habeck, Ihr Kollege im Bundeskabinett und in der Ampelkoalition, spricht davon, dass das finanziell entsprechend abgedeckt wird. Wie wollen Sie die Kosten denn im Bundeshaushalt darstellen – ein bisschen kennen Sie sich ja auch in der Bundespolitik aus, Sie waren Landesvorsitzende –, in einem Bundeshaushalt, der aus meiner Sicht jetzt schon auf Kante genäht ist? Wollen Sie noch mal einen Fördertopf auflegen, der außerhalb des Bundeshaushaltes steht, oder wie soll das gehen?

Natascha Kohnen (SPD): Ich sage Ihnen eines: Für jeden Euro, den wir nicht in die Klimaanpassung stecken, werden wir um ein Vielfaches Klimaanpassungsgebühren bezahlen. Das heißt, wir werden jetzt alle Anstrengungen hineinstecken müssen. Aber

es ist klar: Mieterinnen und Mieter, sozial Schwache etc. müssen in der Anpassung dieser Richtlinie beachtet werden. Da müssen wir reingehen; wir müssen schauen, wie viele Fördergelder wir tatsächlich aufbringen können. Genau diese Gespräche finden im Moment statt. Wäre ich Bundeswirtschaftsminister, könnte ich Ihnen vielleicht bereits Summen nennen. Aber ich habe heute mit Berlin telefoniert, und genau darüber wird verhandelt – auch in Brüssel sozusagen. Vielleicht muss sich auch Brüssel noch mal strecken, wenn es mit den Mitgliedstaaten diskutiert. Aber genau das passiert im Moment.

(Franz Bergmüller (AfD): Unbezahlbar!)

Und was machen Sie und leider auch die CSU? – Sie sagen von vornherein: Njet, das geht nicht.

(Andreas Winhart (AfD): Wir sagen nicht Njet, wir sagen Nein!)

Das geht halt einfach nicht; nicht mit dem Blick auf die Klimaveränderung, die wir im Moment haben.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun der Kollege Sebastian Körber von der FDP-Fraktion.

Sebastian Körber (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag ist natürlich mal wieder heiße Luft. Das war ja so auch erwartbar für uns alle. Da fehlt es an Detailwissen.

(Zurufe von der AfD: Oh! – Gerd Mannes (AfD): So viel Arroganz!)

Kollegin Kohnen hat gerade schon eindringlich ausformuliert, wie der eigentliche Weg ist. Wenn hier etwas vorgelegt wird, sollte sich die AfD-Fraktion vielleicht einfach mal damit befassen. Sanktionen sind in dieser Richtlinie überhaupt nicht vorgesehen. Da ist noch überhaupt nichts zu Ende diskutiert. Was Sie hier tun, ist Panik- und Angst-

machte bei den Bürgerinnen und Bürgern, bei den Hauseigentümerinnen und Hauseigentümern. Dem werden wir einfach keine weitere Bühne geben. Das ist ganz einfach. Ihr Antrag schießt weit über das Ziel hinaus. Sie leugnen den Klimawandel. Das hat der Kollege Baumgärtner gerade zu Recht angesprochen.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Singer (AfD) – Andreas Winhart (AfD): Das ist gar nicht wahr!)

– Da können Sie so laut reinrufen, wie Sie wollen, das ist mir ehrlich gesagt auch wurscht.

(Unruhe bei der AfD – Glocke des Präsidenten)

Das ist ein skurriles Sammelsurium, was der Kollege Bergmüller hier vorgetragen hat, an Punkten und Themen, die wir auch nur ablehnen können.

(Widerspruch bei der AfD)

Was die CSU jetzt allerdings zu leugnen versucht, liebe Kollegen von der CSU, ist, dass der letzte Bauminister auf Bundesebene aus Ihrer Partei kam. Ich höre hier gerade Zurufe von der Regierungsbank, dass in Berlin nichts gemacht wird. Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ja wirklich absurd. Schauen Sie sich mal an, was da gemacht wird: Gerade den Hauseigentümerinnen und Hauseigentümern wird geholfen, weil die KfW-Fördermittel umgeschichtet werden, damit man eben besser im Gebäudebestand sanieren kann, damit man erst recht die Heizung tauschen kann und Zuschüsse bekommt.

(Widerspruch des Abgeordneten Alexander König (CSU) – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das sehen die Bürger nicht so!)

Genau dafür werden die Mittel eben umgeschichtet. Lesen Sie es halt einfach!

(Beifall bei der FDP)

Das steht doch alles da. Das sollte auch ein Finanzminister wissen. Aber, Herr Finanzminister, Sie können ja gerne gleich das Wort ergreifen und begrüßen, was die Bundesregierung alles macht. Was Sie machen, ist meckern, mosern, herumnörgeln. Machen Sie halt einfach mal etwas. Die Bundesregierung macht etwas.

(Beifall bei der FDP – Widerspruch bei der CSU)

Sie wird die Grunderwerbsteuer senken. Die Bundesregierung stellt erhöhte Abschreibungen für den Mietwohnungsbau zur Verfügung. Es gibt sogar eine degressive AfA. Wenn es der Finanzminister nicht versteht, kann er es sich ja gerne erklären lassen. Es gibt sogar eine degressive AfA, 5 % vier Jahre zusätzlich, wenn Mietwohnungsbau entsteht. Danach kann man 3 % – früher 2 % –, die ersten vier Jahre sogar 8 %, abschreiben. Das sind sehr gute Punkte, die auf der Bundesebene gemacht werden.

Was Sie nicht machen: vor Ort etwas tun, in Bayern. Anstatt die Bauordnung und anderes zu novellieren, tun Sie eben nichts. Wenn Sie jetzt so einen billigen Antrag hinterherschieben, können wir uns leider nur enthalten.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Abgeordnete Hans Friedl von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Lebhafter Wortwechsel zwischen dem Abgeordneten Sebastian Körber (FDP) und Staatsminister Albert Füracker)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Friedl hat das Wort!

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Der vorliegende Dringlichkeitsantrag der AfD ist auf den 21. März dieses Jahres datiert. Ich möchte mit Ihnen jetzt einmal eine Zeitreise von einer Minute unternehmen, zum 14. 03.2022. Damals lautete der Titel eines von

uns FREIEN WÄHLERN eingebrachten Antrages: "Überschießende Regulierung in EU-Gebäude-Energieeffizienz-Richtlinie [...] verhindern"

Wie man sieht, braucht unser politischer Mitbewerber rund ein Jahr, um auf den gleichen Erkenntnisstand zu kommen.

(Lachen bei der AfD – Gerd Mannes (AfD): Das ist wirklich lächerlich!)

Ich gehe davon aus, dass die AfD hier den Schutz der Bürger vorschiebt, eigentlich Wahlkampf betreiben und sich inhaltlich nicht mit dem Thema befassen will.

(Zuruf von der AfD: Wir betreiben doch keinen Wahlkampf!)

In der Begründung von planwirtschaftlichen Maßnahmen der Staatsregierung zu sprechen, lässt tief blicken, wessen Geistes Kind hier am Werk ist.

Gut, in den Augen der AfD gibt es keinen Klimawandel, und deshalb müssen keine Maßnahmen ergriffen werden, um diesem entgegenzutreten.

(Gerd Mannes (AfD): Ich habe es doch erklärt! Haben Sie nicht zugehört?)

– Herr Kollege Mannes, ihr habt anscheinend nicht zugehört bei unserem Antrag im März letzten Jahres, den wir im Ausschuss behandelt haben.

(Zuruf von der AfD)

Gut, in den Augen der AfD gibt es keinen Klimawandel und deshalb müssen keine Maßnahmen ergriffen werden, um diesem entgegenzutreten. Das ist die Zielrichtung der EU-Gebäudeenergieeffizienzrichtlinie. Insofern ist der Antrag der AfD konsequent auf der Linie der AfD. Aber der Klimawandel ist nun mal eine Tatsache. Das hat man zu akzeptieren. Dass Maßnahmen ergriffen werden müssen, um gegenzusteuern, steht vollkommen außer Frage.

Für uns stellt sich eine andere Frage: Wie können wir die Transformation zur Neutralität für jeden erreichbar gestalten, praxisnah und an den Bürgern und Bürgerinnen

dran? Die Politik darf nicht einfach ideologisch verbrämt von oben übergestülpt werden, sondern muss sich an praxisnahen Lösungen orientieren und darf auch die Leistungsfähigkeit des Einzelnen und der Gesellschaft nicht außer Acht lassen. Was nützen realitätsfremde Ansätze, wenn sie sich zeitlich nicht umsetzen lassen und auch die dafür notwendigen Sachmittel nicht zur Verfügung stehen?

Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit – eine Großbank musste gerade eben gerettet werden – darf man das Ziel nicht aus den Augen verlieren, muss es adaptieren, um die Menschen mitzunehmen. Wir werden nicht erklären können, dass man sich gerade in einer Zeit, in der Baustoffe erheblich teurer geworden sind und am Bau ein einzigartiger Fachkräftemangel herrscht, ein realitätsfernes Ziel setzt.

Die EU und die Staaten, die für die Umsetzung zuständig sind, werden sich daran messen lassen müssen. Die Umsetzung wird schwierig und wird am Ende dazu führen, dass dringend benötigter Wohnraum vernichtet oder gar nicht geschaffen wird. In diesem Spannungsfeld werden wir Politik gestalten müssen, auch über den 8. Oktober hinaus, als Motor und Korrektiv in der bayerischen Regierung.

Deshalb werden wir FREIEN WÄHLER den Dringlichkeitsantrag der AfD ablehnen. Mit unserem Nachzieher wollen wir unseren Antrag vom März vergangenen Jahres, von den FREIEN WÄHLERN und der CSU, der Bayernkoalition, untermauern und bitten um Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun der fraktionslose Abgeordnete Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Verehrte Bürger – sie sind nicht mehr hier, aber draußen im Land, und sie hören uns auch zu –, Hohes Haus! Es gibt so was wie die normative Kraft des Faktischen. Die werden Sie alle hier, die Sie sich so fleißig und kräftig streiten, nicht übersehen können. Was ist die normative Kraft des Faktischen?

– Die EU fordert, dass bis 2033 54 % der Wohngebäude in Deutschland saniert werden, was viel Geld kostet, nach Schätzungen der KfW 254 Milliarden Euro. Pro Haus könnten es 100.000 oder 150.000 Euro sein.

Wer soll das bezahlen? Die Oma mit ihrer Rente oder der Arbeiter mit seinem infolge der Teuerungsrate mit immer größeren Preissteigerungen immer kärglicheren Lohn? Eigentlich heißt es immer: Wer zahlt, schafft an. – Bezahlen soll es also der Bürger, aber anschaffen darf er es nicht. Er wird nicht entlastet. Hier wird rumgeschwurbelt über Entlastungsmaßnahmen, und keiner weiß Genaues. Wir stochern also im Nebel.

Aber eines wissen wir: Wer soll das durchführen? Wo sind denn die Handwerker und Fachkräfte, die uns diese energetischen Maßnahmen bei diesen 54 % der Wohngebäude – das sind Millionen an der Zahl – durchführen? Auch Sie haben es heute nicht gewusst, wer es machen soll. Der Herr Stümpfig will jetzt eine Staffelung der Erfüllungszeiträume. 2033 wurde als Erfüllungszeitraum genannt. Da gibt es nichts daran rumzudeuteln.

Was hat das denn eigentlich für eine Wirkung? Die normative Kraft dieser EU-faktischen Forderung ist, dass die meisten Menschen das nicht bezahlen können und sie sich verschulden und dann nicht tilgen können. Es kommt eine kalte oder auch warme Enteignung. Das kann doch nicht allen Ernstes Ihrer aller Ziel sein, egal wer hier heute einen Dringlichkeitsantrag gestellt hat, ob sinnvoll oder nicht so sinnvoll! Eigentlich wollen Sie alle doch das Gleiche: Die einen wollen das Klima schützen und Menschenleben erhalten, die anderen wollen den Wohlstand schützen und Wärme bei den Menschen erhalten mit den Mitteln, die gegeben sind und auf absehbare Zeit auch nicht geändert werden können.

Das interessiert Sie aber trotzdem nicht. Jetzt frage ich Sie: Es wird immer mit dem Grundgesetz argumentiert. Da heißt es, wir haben eine Schuldensperre. Andauernd hören wir, 100 Milliarden Euro sollen jetzt für die Bundeswehr als Sondervermögen geschaffen werden, 100 Milliarden Euro sollen als Sondervermögen für eine Sozial-

maßnahme geschaffen werden. Dann schaffen Sie doch ein Sondervermögen von 254 Milliarden Euro für den energetischen Ausbau! Machen Sie das als Staatsvertreter für die Bürger draußen! Dann freuen sich alle, und Sie kommen bei jedem gut an. Aber so einfach ist es halt nicht.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Das Leben ist kein Wunschkonzert. Ich wünsche mir, dass Sie hier endlich mal parlamentarische Größe zeigen und sinnvolle Anträge beschließen in einer guten parlamentarischen Manier.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Dringlichkeitsanträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/27992 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die AfD-Fraktion sowie die Abgeordneten Plenk (fraktionslos) und Swoboda (fraktionslos). Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind die Fraktionen der FDP, der CSU, der FREIEN WÄHLER, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten Busch (fraktionslos) und Sauter (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 18/28037 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD sowie die Abgeordneten Plenk (fraktionslos) und Sauter (fraktionslos). Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie der Abgeordnete Busch (fraktionslos). Stimmenthaltungen bitte anzeigen! – Das sind die FDP-Fraktion sowie der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.